

Der Autor ist
Doktorand der
Bonn International Graduate
School der Uni-
versität Bonn.
Er arbeitet zur
politischen Krise
in Thailand.

Der Putsch vor acht Monaten hat den Machtanspruch der royalistischen Elite klargestellt. Da dies gegen den Willen der Mehrheit geschieht, sollte es nicht überraschen, wenn Thailand auf Jahre hinaus unter Kriegsrecht bleibt.

Prayut Chan-o-cha, Putschgeneral, Chef des *National Council for Peace and Order* und Ministerpräsident, hat in Thailand alles im Griff. Seit dem Coup gegen die gewählte Regierung von Yingluck Shinawatra im Mai 2014 verleiht ihm eine maßgeschneiderte Übergangsverfassung absolute Macht. Die Opposition ist ins Ausland geflohen oder durch herrschendes Kriegsrecht eingeschüchtert, das der Armee weitgehende Repressionsmaßnahmen zugesteht. Wer doch Kritik äußert, wird vom Militär zu *attitude adjustments* geladen: Verhaltensgespräche in Armeekasernen sollen klar machen, dass Widerstand nicht geduldet wird.

Gesteuerte Proteste

Kritik an Prayut äußert sich so fast nur im privaten Kreis oder in geschlossenen Gruppen sozialer Medien. Politische Versammlungen von mehr als fünf Personen sind verboten und Proteste nur dann erlaubt, wenn sie vor ausländischen Botschaften stattfinden und im Sinne Prayuts sind. Die Vertretung Amerikas ist ein solcher Ort. Der Staatssekretär des US-Außenministeriums, Daniel Russel, hatte während seines Thailandbesuchs die Aufhebung des

Kriegsrechts und eine Rückkehr zum demokratischen System angemahnt (khaosodenglish.com 28.1.2015). Die Demonstranten vor der US-Botschaft verbitten sich eine Einmischung Amerikas. Gegen alle Kolonialmächte habe das Königreich seine Unabhängigkeit gewahrt, da müsse man sich jetzt nicht von den USA hereinreden lassen, sagen die Demonstranten (Bangkok Post 29.1.2015).

Auch vor der Vertretung Neuseelands wurde gegen das Versammlungsverbot verstoßen. Die Demonstranten fordern die Auslieferung eines 23-Jährigen, dem wegen Kritik am thailändischen Königshaus bis zu 15 Jahre Haft drohen (khaosodenglish.com 24.1.2015). Anführer und Teilnehmer der Botschafts-Demos sind altbekannte Gesichter der royalistischen Gelbhemden und Protestbewegung PDRC, die von Oktober 2013 bis Mai 2014 gegen die Yingluck-Regierung demonstrierten, Ministerien und Straßenkreuzungen besetzten und damit den Prätext für Prayuts Putsch lieferten.

Abstrafung von Yingluck

Neuwahlen werden bis auf Weiteres nicht stattfinden. Der nach dem Coup genannte Termin, Oktober 2015, wurde auf 2016 verschoben. Sollte dann eine Wahl stattfinden, wird Yingluck Shinawatra nicht antreten können. Dafür wurde im Januar gesorgt. Die vom Militär ernannte Nationalversammlung, die wie ein legitimes Parlament wirken soll, hat Yingluck acht Monate nach ihrem letzten Amtsenthebungsverfahren ein zweites Mal des Amtes enthoben, womit sie wohl in die Geschichte eingeht. Die Anklage lautete: Yingluck sei ihrer Aufsichtspflicht als Ministerpräsidentin nicht nachgekommen und habe Verluste und Korruption im Reisankaufprogramm nicht gestoppt. Die Regierung hatte den Reisbauern den Abkauf ihrer Waren über Marktpreis zugesagt und dabei Defizite produziert, die von Yingluck als Agrarsubvention verteidigt worden waren. Korruption wurde ihr nicht nachgewiesen.

Die bei ihren Anhängern äußerst beliebte Politikerin erhält mit dem Urteil ein fünfjähriges Politikverbot. Ein Strafprozess wurde eingeleitet. Jetzt drohen ihr bis zu zehn Jahre Haft.

Der US-Gesandte Russel hatte in einer Rede in der *Chulalongkorn*-Universität in Bangkok gesagt, die internationale Gemeinschaft könne sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Verfahren gegen Yingluck sei politisch motiviert. Das Militär berief daraufhin den amerikanischen Botschafter ein und kritisierte die Einmischung in innere Angelegenheiten (khaosodenglish.com 28.1.2015).

Armee und Polizei sichern den
Präsidenten
Foto: Martin
Lassak





AnhängerInnen
von Yingluck
Foto: Martin
Lassak

»Es gibt in Thailand keine Gerechtigkeit«, sagt die etwa fünfzigjährige Frau aus der kleinen Gruppe von Yingluck-AnhängerInnen, die sich trotz Militär und Polizeipräsenz zum Ort des Verfahrens getraut hatte. »Die Elite sei nicht gut darin, dass Land zu entwickeln, wohl aber ihre Macht spielen zu lassen«, sagt ein anderer. Nach Pridi Banomyong in den 1940ern, Chatichai Choonhavan in den 1990ern und Thaksin Shinawatra 2006 sei nun dessen Schwester Yingluck die nächste auf der Seite des Volkes, die vom Establishment aus dem Land gedrängt würde.

Schluss mit dem Hin und Her

Die Schlagworte Entwicklung und Gerechtigkeit fallen jedoch auch auf der Seite der Yingluck-Gegner. Krankenschwester Aom (32), die gegen die Regierung demonstriert hatte, freut sich über Yinglucks Schuldspruch. »Wahlen sind unfair, wenn Politiker wie Yingluck oder Thaksin die Stimmen der Bauern mit desaströsen Versprechen wie dem Reisankaufprogramm gewinnen.« Sie erwartet, dass Prayut die Macht bald an eine Expertenregierung übergibt. Schließlich sei der General gut darin, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, aber eben kein Wirtschaftsexperte. Von einer ernannten Regierung verspricht sie sich Fortschritt und Entwicklung für Thailand sowie ein Ende der populistischen Thaksin-Programme, die statt des Wohls des Landes doch nur die Interessen der eigenen Wählerschaft im Sinn hätten.

Offiziell hat die Armee vor acht Monaten als neutraler Schlichter die Macht übernommen, um eine

Eskalation des Konflikts zwischen Anhängern den Rothemden und dem PDRC zu verhindern. Doch Prayut wäre nie Armeechef geworden, würde er nicht auf der PDRC-Seite des royalistischen Establishments stehen. Dessen Agenda lautet: Diesmal richtig. 2006 hatten die Bangkok Royalisten gegen Ministerpräsident Thaksin geputscht, dessen Popularität ihre Macht bedrohte. Der Coup reichte nicht aus. Die Mehrheit der Thais wählte 2007 und 2011 weiterhin Parteien, die von Thaksin aus dem Exil unterstützt wurden. Zuletzt wurde seine Schwester Yingluck mit absoluter Mehrheit gewählt. Mit großem Aufwand musste die royalistische Anhängerschaft der unterlegenen, die Demokratie nur im Namen tragenden Demokratischen Partei jede dieser Regierungen entmachten. Wenn Flughafenblockaden oder die monatelange Besetzung des Regierungssitzes nicht reichten, sprangen Establishment-treue Verfassungsrichter oder eben Generäle ein. Mit diesem Hin und Her soll jetzt Schluss sein. Thailands Elite hat von Demokratie endgültig die Nase voll.

»Wir glauben, dass die Menschen unser Königreich einer fehlerhaften Demokratie vorziehen«, hatte Prayut eine Woche nach dem Putsch erklärt (bangkokpost.com 30.5.2014). Die vom Armeechef in Auftrag gegebene neue Verfassung wird das Wirkungsfeld gewählter Parteien wohl deutlich zugunsten der vom Establishment ernannten Organe (Senat, Anti-Korruptionsbehörden, Wahlkommission, Verfassungsgericht, Bürokratie) einschränken sowie dem Militär ein Vetorecht in Sicherheitsfragen und anderen Bereichen zugestehen. Die Wähler hätten damit kaum noch Einfluss.